

30. September 2021

„Fairness-Symposium“: Schulterschluss zwischen Bund und Ländern für mehr Fairness in Kunst und Kultur

Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer präsentiert gemeinsam mit Landeskulturreferent:innen Zwischenbilanz zum Fairness-Prozess des Bundes.

Mit einem international hochkarätig besetzten Symposium in Wiener Konzerthaus hat Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer heute gemeinsam mit den Landeskulturreferent:innen nach der erfolgreichen Startphase eine erste Zwischenbilanz zum seit etwa einem Jahr laufenden Fairness-Prozess des Bundes gezogen. Gemeinsam mit Staatssekretärin Mayer waren Veronica Kaup-Hasler (Wien), Beate Palfrader (Tirol), Heinrich Schellhorn (Salzburg) und Barbara Schöbi-Fink (Vorarlberg) persönlich bei der Pressekonferenz zum Start des Symposiums anwesend. Christopher Drexler (Steiermark), Hans-Peter Doskozil (Burgenland), Peter Kaiser (Kärnten), Johanna Mikl-Leitner (NÖ) und Thomas Stelzer (OÖ) ließen sich entschuldigen, entsandten aber Vertretungen zum Symposium.

„Die Coronakrise hat auf langjährig bestehende Schräglagen im Kunst- und Kulturbereich noch einmal einen großen Scheinwerfer gelenkt und viele Probleme noch sichtbarer gemacht“, so Mayer bei der Pressekonferenz. „Wir stehen heute hier – gemeinsam – weil wir der Kunst und Kultur in ganz Österreich signalisieren wollen: Wir sehen diese Probleme und wir haben bereits begonnen, Lösungen zu finden.“

Im Zuge des Symposiums wurde eine gemeinsame Broschüre von Bund und Ländern unter dem Titel „Fairness in Kunst und Kultur“ vorgestellt, die den aktuellen Diskussionsstand zu den verschiedenen Aspekten des Themas sowie die bereits gesetzten Aktivitäten der Kulturpolitik im Bund und in den Ländern zusammenfasst. Unterteilt ist die Publikation entlang der im Prozess gemeinsam identifizierten Fairness-Themen in die Bereiche „Transparenz und Kooperation“, „Fair Pay“, „Förderwesen“, „Respektvolles Miteinander“, „Diversifizierung“ sowie „Soziale und rechtliche Rahmenbedingungen“.

Mayer verwies in ihrem Statement auf die bereits gesetzten Maßnahmen im Bereich des Bundes:

- Zwei Millionen Euro Zusatzmittel mit Fair-Pay-Widmung im Bereich des Bundes in den Jahren 2020 und 2021
- „Fair Pay“ und „Diversität“ als zusätzliche Kriterien in der Projektbewertung bei allen Förderungen des Bundes
- Einheitliche Mindestkriterien für alle Mehrjahresverträge in Bund und Ländern sowie vermehrte Abstimmung bei komplexen Förderfällen
- Erarbeitung eines „Österreichischen Fairness Codex“ nach internationalem Vorbild gemeinsam mit den Ländern
- Förderung von Diversität in Kunst und Kultur inkl. Berücksichtigung der Vielfalt der Gesellschaft bei der Besetzung von Beiräten und Jurys
- Vorbereitung einer Novelle des Theaterarbeitsgesetzes gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit
- Einrichtung einer Vertrauensstelle für Kunst und Kultur
- Erhebung des „Fair Pay Gap“ (Unterschied zwischen Status Quo und den Honorarempfehlungen der IGs), Ergebnisse werden Anfang 2022 erwartet

Abschließend unterstrich Mayer die Komplexität der Umsetzung von „Fair Pay“. Hier sei eine gute, offene Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Interessenvertretungen und allen in Kunst und Kultur Tätigen nötig. Verbesserungen seien nicht von heute auf morgen umzusetzen. „Dieser Weg ist kein Sprint, sondern ein Marathon“, so die Staatssekretärin. „Aber, dass wir hier gemeinsam stehen, bedeutet, dass wir es ernst meinen mit diesem Thema und dass wir hier an einem Strang ziehen.“

Die Landeskulturreferent:innen verwiesen auf das wertschätzende und kooperative Arbeitsklima zwischen Bund und Ländern beim Fairness-Prozess. Dieses sei für die gemeinsame Erarbeitung von Maßnahmen für mehr Fairness in Kunst und Kultur wichtig. Parallel zum Fairness-Prozess des Bundes haben die Bundesländer eigene Maßnahmen umgesetzt, andere sind derzeit in Ausarbeitung.

Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann/Burgenland: „Die Corona-Krise hat die prekäre Situation vieler Kulturschaffender verstärkt und deutlich aufgezeigt – es ist daher wichtig, dass Bund und Länder im Rahmen des nun eingeleiteten ‚Fairness-Prozesses‘ gemeinsam Lösungswege erarbeiten. Das Burgenland hat bereits an mehreren Schrauben gedreht, um das ‚Sicherheitsnetz‘ für den Kulturbetrieb zu verstärken. Um die Markt- und Erwerbssituation von Kunstschaaffenden im Burgenland nachhaltig zu verbessern, wurde das Projekt Kulturgutscheine ins Leben gerufen, mit dem der Ankauf von Leistungen und Werken von Künstlerinnen und Künstlern mit 25% aus Landesmitteln gestützt wird. Außerdem haben wir die Möglichkeit von mehrjährigen Förderverträgen bereits etabliert. Nächstes Etappenziel ist ein Notfallfonds zur Verbesserung der sozialen Absicherung von Kulturschaffenden.“

Christopher Drexler, Landesrat für Kultur, Europa, Sport und Personal/Steiermark: „Der breite Schulterschluss zwischen Bund und Ländern beweist, wie wichtig uns der Fairness-Prozess für die Kulturschaffenden in unserem Land ist. Die Steiermärkische Landesregierung hat sich in ihrem Arbeitsprogramm, der ‚AGENDA WEISS-GRÜN‘ zu Richt- und Mindestgagenmodellen wie ‚Fair Pay‘ bekannt. Die Frage, wie wir dieses Konzept für die Steiermark zum Leben erwecken können, behandeln wir in den nächsten Monaten unter anderem in einem breit angelegten Diskussionsprozess über die steirische Kulturstrategie 2030. Ich bin überzeugt, dass es uns gemeinsam gelingen wird, die Basis für faire Arbeitsbedingungen für die Kunstschaffenden in der Steiermark und in ganz Österreich zu schaffen.“

Kulturreferent Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser/Kärnten: „Diese Initiative ist ein richtiger Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit im Sinne der betroffenen Menschen, denn unser großer Kulturreichtum ist für jene, die ihn sicherstellen, nur in den wenigstens Fällen mit einer ausreichenden Existenzsicherung verbunden. In Kärnten haben wir bereits ein ähnliches Projekt zur Ermittlung von Honoraruntergrenzen gestartet – gemeinsam mit der IG Tanz Theater Performance Kärnten/Koroška“, versteht Kulturreferent Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser den Fairness-Prozess als Startschuss für länger andauernde und breitflächig gestaltete Aktivitäten hin zu besseren Arbeitsbedingungen in der freien Szene.

Veronica Kaup-Hasler, amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft/Wien: „Das Thema Fair Pay ist mir seit dem Beginn meiner politischen Tätigkeit ein zentrales Anliegen. So begrüße ich, dass wir heute gemeinsam hier stehen und die österreichweite Umsetzung der formulierten Ziele weiter vorantreiben.“

Johanna Miki-Leitner, Landeshauptfrau/Niederösterreich: „Kulturarbeit und Kunstschaffen leisten einen wichtigen Beitrag zum eigenständigen Profil von Niederösterreich. Fair Pay ist dementsprechend ein richtungsweisendes Signal an alle, die mit ihrer Qualifikation und ihrem Einsatz das Kulturleben unseres Bundeslandes gestalten. Fairness wird in Niederösterreich breit gedacht: als Ausdruck von Respekt im Sinne von Vielfalt, Nachhaltigkeit und Transparenz.“

Dr.ⁱⁿ Beate Palfrader, Landesrätin für Bildung, Kultur, Arbeit und Wohnen/Tirol: „Nicht erst seit der Krise zielen alle unsere Anstrengungen darauf ab, die Rahmenbedingungen, unter denen Kunst und Kultur geschaffen werden, zu verbessern. Um in diesem Prozess entscheidende Schritte hin zu mehr Fairness und gerechterer Entlohnung setzen zu können, braucht es ein breites Bewusstsein für die Thematik bei allen Beteiligten. Die Initiative des Bundes ist vor allem auch in dieser Hinsicht sehr wertvoll, wir nutzen den dadurch entstandenen Schwung und schreiten in Tirol tatkräftig voran.“

Dr. Heinrich Schellhorn, Landeshauptmann-Stellvertreter/Salzburg: „Ich freue mich, dass der Fairness Prozess des Bundes und der Länder so konstruktiv verläuft. Wir wollen an einem Strang ziehen, damit die notwendigen Anpassungen im Kulturbereich flächendeckend gelingen. Das Land Salzburg bekennt sich ausdrücklich zu fairen Arbeitsbedingungen und Entlohnungen im Kunst- und Kulturbereich. Im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft haben wir den Bedarf von 2,5 Millionen Euro für die Umsetzung von Fair Pay in Salzburgs Kulturlandschaft erhoben. In den nächsten drei Jahren werden wir Fair Pay in Salzburg schrittweise umsetzen.“

Dr.ⁱⁿ Barbara Schöbi-Fink, Landesstatthalterin für Kunst und Kultur/Vorarlberg: „Aus Sicht des Landes Vorarlberg ist vor allem die Fülle von unterschiedlichen Themen zu nennen, die gemeinsam mit den Bundesvertreterinnen und -vertreter auf Augenhöhe diskutiert wurden. Die Bandbreite reicht von Mehrjahresverträgen bis hin zu Mindesthonoraren. Wir freuen uns diesen Dialog weiterhin konstruktiv mit einander zu führen auch um insgesamt für den Wert von Kunst- und Kulturarbeit zu sensibilisieren. Wir in Vorarlberg wollen das Thema in einer eigenen Kulturenquete intensiv bearbeiten.“

Thomas Stelzer, Landeshauptmann/Oberösterreich: „Der Fairness Prozess ist ein wichtiger Schritt, um in Abstimmung zwischen Bund und Ländern das Thema Fairness in Kunst und Kultur konkret voranzubringen. In Oberösterreich haben wir bereits im neuen Kulturleitbild dieses Thema angestoßen. Nach wir vor stehen wir aber am Beginn eines umfassenden Prozesses, den wir aktiv weiter verfolgen werden, mit dem Ziel, das Umfeld von Kunst und Kultur zukunftsorientiert zu gestalten.“

Mehr Information über gesetzte Fairness-Maßnahmen im Bund und den Bundesländern sind in der neuen Fairness-Broschüre des BMKÖS nachzulesen: www.bmkoes.gv.at/kunst-und-kultur/fairness